

Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Blutiger Wahlkampf

Der diesjährige Wahlkampf im Vorfeld der am 6. und 9. Oktober abgehaltenen Neuwahlen der Nationalversammlung und der Provinzparlamente wurde von einer in der pakistanischen Geschichte beispiellosen Serie blutiger Terroranschläge und gegen Politiker gerichteter Attentate überschattet: Prominentestes Opfer der Gewaltwelle war der bisherige punjabischer Ministerpräsident Ghulam Haider Wyne, der am 28. September nach einer Wahlkampfveranstaltung in Multan bei einem Überfall auf seinen Fahrzeugkonvoi von fünf bewaffneten Männern niedergeschossen wurde. Von den Tätern fehlt jede Spur. Der 60jährige Wyne galt als einer der engsten Vertrauten des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif und gehörte zu den führenden Köpfen der 'Pakistan Muslim League' (PML).

In der 5-Millionen-Metropole Lahore fielen zwei frühere Bundesparlamentsabgeordnete der oppositionellen 'Pakistan People's Party' (PPP) den Kugeln unbekannter Mörder zum Opfer. Die beiden Politiker galten in ihren jeweiligen Wahlbezirken im Rennen um ein Mandat für die Nationalversammlung als aussichtsreiche Kandidaten. Politische Motive vermuten die Polizeibehörden auch hinter einem weiteren Anschlag in der punjabischen Provinzhauptstadt mit zwölf Toten und mehreren Verletzten, als zwei mit Schnellfeuergewehren bewaffnete Männer eine Moschee stürmten und blindlings in die Menge der dort versammelten Gläubigen schossen. Die Täter konnten unerkannt fliehen. Ein ähnliches Attentat auf eine Moschee in Faisalabad (Punjab) forderte unter den Besuchern ein Todesopfer und 29 Verletzte. Nach Angaben der pakistanischen Nachrichtenagentur APP schleuderten die beiden Terroristen in diesem Fall von einem vorbeifahrenden Motorrad aus eine Handgranate in den Innenhof des muslimischen Gotteshauses. Tags zuvor explodierte ein in einem Bus versteckter Sprengsatz, wobei zwei Fahrgäste ums Leben

kamen. Weitere Mordanschläge galten Politikern der 'Awami National Party' (ANP), die vor allem unter den in der NWFP (North-West Frontier Province) und in Balutschistan lebenden Paschtunen ihre Wählerschaft findet und als treue Koalitionspartnerin des Expremiers Nawaz Sharif der letzten Bundesregierung angehörte: So wurde in der ersten Septemberwoche der ANP-Landesvorsitzende von Balutschistan, Abdul Khilji, der für einen Sitz im Provinzparlament kandidierte, vor seinem Haus in der Landeshauptstadt Quetta von unbekanntem Tätern erschossen. Der ANP-Spitzenpolitiker Azam Khan, zuletzt Bundeskommunikationsminister im Kabinett Sharifs, geriet nur wenige Tage später in der Kleinstadt Mardan (NWFP) gleichfalls in einen Hinterhalt. Ein Killerkommando eröffnete auf das Fahrzeug des Politikers das Feuer und töteten den Fahrer und einen Leibwächter. Azam Khan selbst kam mit dem Schrecken davon. Die meisten Opfer forderte nach den vorliegenden Berichten ein Zwischenfall in Balutschistan: Dort löste in einem ländlichen Wahlbezirk im Stammesgebiet die strittige Frage der Kandidatennominierung zwischen zwei verfeindeten Clans eine Blutfehde aus. Die traurige Bilanz der Schießerei: 22 Tote.

Flüchtlingsabkommen unterzeichnet

Die pakistanische Übergangsregierung und die UN-Hochkommissarin für Flüchtlingsfragen, Sadako Ogata, haben am 18. September in Islamabad ein Abkommen unterzeichnet, das den Schutz und die Hilfe für die immer noch in Pakistan lebenden 1,5 Millionen afghanischen Flüchtlinge regeln soll. Das 'Operation Salam' genannte Repatriierungsprogramm der Vereinten Nationen, das nach der Übernahme der Macht in der afghanischen Hauptstadt Kabul durch die Mujahedin im vergangenen Jahr die geordnete Rückkehr der zeitweilig mehr als 3,5 Millionen Flüchtlinge forcieren sollte, ist aufgrund der anhaltenden blutigen Rivalitäten unter den verschiedenen Mujahedin-Parteien ins Stocken geraten. Vor allem das ungelöste Problem der

Millionen Landminen in Afghanistan schreckt den Rest der Flüchtlinge, die sich überdies in vielen Fällen in den langen Jahren des Exils erfolgreich eine wirtschaftliche Existenz aufgebaut haben, von einer Rückkehr in die Heimat ab. Da die Anwesenheit der Afghanen nach dem Ende des Kalten Krieges der pakistanischen Regierung keine politischen Vorteile mehr bietet und die Versorgung der Lager nach dem Versiegen internationaler Hilfe zunehmend zu einer wirtschaftlichen Bürde wird, schien Islamabad zeitweilig gewillt, die Verbliebenen notfalls abzuschieben. Das jetzt unterzeichnete Abkommen sichert den in Pakistan lebenden Afghanen zumindest für die absehbare Zukunft den Flüchtlingsstatus.

Haschisch beschlagnahmt

Drogenfahnder der pakistanischen Rauschgiftbehörde PNCB ('Pakistan Narcotic Control Board') haben am 16. September nach eigenen Angaben im Hafen von Karachi zehn Tonnen Haschisch im Marktwert von umgerechnet rund 5,3 Millionen DM beschlagnahmt. Im Mai diesen Jahres konnten hier schon einmal 12 Tonnen Haschisch sichergestellt werden.

Umweltskandal in Karachi

Ein mysteriöser 2,5-Tonnen-Fund hochexplosiver und giftiger Chemikalien in einem dichtbesiedelten Slum im Herzen Karachis beschäftigte in den letzten Monaten immer wieder die Presse der größten pakistanischen Stadt. Nach den vorliegenden Berichten stieß der Drogendealer Ali Mubarak bei einem seiner Streifzüge durch sein Revier in dem riesigen Slumgebiet von Shershah an einem offenen Kanal auf einen Haufen brauner Ziegeln, die er in der Hoffnung auf ein schnelles Geschäft mit Hilfe des Kleintransporters von Saifur Rehman zu seiner Hütte transportieren ließ. Ohne zu wissen, daß die rätselhafte braune Substanz ein tödliches Gas entwickelt, starb der Fahrer Saifur Rehman kurz nach der Aktion an der eingeatmeten Dosis. Ali Mubarak wurde von seinen

Verwandten mit schweren Vergiftungserscheinungen in ein Krankenhaus gebracht. Da aber die Polizei gegen den Rat der Ärzte darauf bestand, den Patienten zum Verhör in eine Polizeistation zu bringen, war auch Mubarak einige Stunden später tot. Neun weitere Menschen, die an dem neuen Lagerungsplatz inmitten eines Wohngebiets mit den chemischen Stoffen in Kontakt kamen, erlitten ebenfalls zum Teil lebensgefährliche Vergiftungen. Ohne zu wissen, um welche Chemikalie es sich eigentlich handelt, ließen die Behörden die tödliche Fracht kurzerhand im nahegelegenen Fluß Lyari versenken, der wenige Kilometer weiter in den Indischen Ozean mündet, unweit der ausgedehnten Badestrände Karachis. Der inzwischen abgelöste Regierungskommissar von Karachi, Mohammad Salim, rechtfertigte die Maßnahme nach Angaben des Magazins 'Herald' folgendermaßen: "Wir wissen nicht was sonst noch alles über den Lyari ins Meer fließt. Da kann das bißchen chemischer Abfall die Qualität des Wassers gar nicht nennenswert beeinträchtigen." Erst als die sich im Flußwasser auflösenden Chemikalien vor der Küste ein Fischsterben anrichteten, bequamen sich die zuständigen Beamten unter dem Druck der Presse und einiger Umweltschutzorganisationen zu handeln. Eine Probe wurde entnommen und im chemischen Forschungsinstitut der Universität Karachi analysiert. Das Ergebnis: Im Wasser lagerte hochtoxisches Meta-dinitrobenzen, das bei der Herstellung von Sprengstoff und als Bestandteil von Pestiziden und Fungiziden (Mittel zur Bekämpfung von Pilzbefall) Verwendung findet, und mit Langzeitwirkung jegliches Leben einschließlich Algen und Mikroorganismen abtötet. Diese chemische Verbindung baut sich auf natürliche Weise nur sehr langsam ab und kann - einmal ins Erdreich oder Grundwasser gelangt - über Jahre hinweg verheerende Schäden anrichten. Für Menschen ist Meta-dinitrobenzen gefährlich, da es über Atmung oder Haut aufgenommen das für den Sauerstofftransport zuständige Hämoglobin zerstört und zum Erstickungstod führen kann. Mit diesem Wissen wurde das Material, daß außerdem jederzeit mit der Sprengkraft von zwei Tonnen TNT explodieren konnte, nach mehr als einer Woche von einem Spezialteam der Feuerwehr aus dem Lyari geborgen. Angeblich hat man die Fässer

inzwischen unter freiem Himmel verbrannt. Spezielle Verbrennungsanlagen für gefährliche chemische Rückstände der Industrie gibt es in Pakistan nicht. Derweil ist immer noch völlig unklar, woher die Chemikalien stammen.

Streit um Atombombe

Der 1991 in den Ruhestand getretene Oberkommandierende der pakistanischen Armee, General Aslam Beg, hat in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AP behauptet, daß Pakistan seit 1987 in der Lage sei, innerhalb weniger Tage einen Atomsprengsatz zusammenzubauen. Nach den Worten des Generals habe Pakistan zwar nie einen Nuklearwaffenversuch unternommen, doch verfüge man über einen Sprengsatz, der anderswo getestet worden sei. Die Aussagen Aslam Begs decken sich weitgehend mit den Vermutungen europäischer und amerikanischer sicherheitspolitischer Experten. Eine amtierende pakistanische Regierung hat jedoch noch nie den Besitz der Atombombe offiziell bestätigt. Auch diesmal dementierte wenige Tage später der Außenminister der Übergangsregierung, Abdul Sattar, gegenüber der Pariser Zeitung 'Le Monde': "Wir haben keine Atombombe und wollen sie auch nicht herstellen." Doch der Diplomat, der sich als Mitglied einer Delegation der Islamischen Weltorganisation (OIC) in der französischen Hauptstadt aufhielt, räumte ein, daß Pakistan über ein "bestimmtes Atompotential" verfüge. Nach Ansicht seiner Regierung, so Sattar weiter, müsse der gesamte indische Subkontinent und nicht nur Pakistan atomwaffenfrei sein. Es sei nicht akzeptierbar, daß sich der internationale Druck ausschließlich gegen Pakistan richte. Die Äußerungen General Begs interpretierte der Außenminister im Zusammenhang mit dessen Ambitionen auf das Amt des Präsidenten, das im Dezember neu besetzt wird. Das angebliche nukleare Rüstungsprogramm Pakistans führte in diesem Sommer zu einer handfesten Kontroverse zwischen den USA und China. US-Außenminister Warren Christopher beschuldigte die Volksrepublik, ballistische Raketen mit einer Reichweite von über 300 Kilometer an Pakistan geliefert zu haben, was einem Verstoß gegen das 'Abkommen zur Kontrolle ballistischer Raketen' gleichkomme. Unklar blieb, ob es sich um komplette Raketen oder le-

diglich um Teilkomponenten gehandelt haben soll. Die US-Regierung drohte beiden Ländern mit Wirtschaftssanktionen, falls sich das Raketengeschäft bestätigen sollte. Islamabad und Peking ließen umgehend dementieren.

Heuschreckenplage

Der Südosten Pakistans leidet seit Monaten unter der Invasion gewaltiger Heuschreckenschwärme, die sich zur Zeit in der indisch-pakistanischen Thar-Wüste, dem bevorzugten Brutgebiet der Wanderheuschrecken in Südasien, massenhaft vermehren. Einzelne dieser Insektenschwärme bedecken bereits Flächen von 30 bis 40 Quadratkilometer, die mit dem Erreichen der Flugreife der meisten Tiere voraussichtlich ab Mitte Oktober über die umliegenden landwirtschaftlichen Anbaugelände herfallen dürften. Die zuständigen pakistanischen Pflanzenschutzbehörden haben in diesem Jahr aufgrund der innenpolitischen Wirren den Kampf gegen die sich anbahnende Heuschreckenplage erst mit erheblicher Verzögerung aufgenommen, was die Massenvermehrung der gefräßigen Insekten begünstigte. Da jetzt die für die pakistanische Wirtschaft lebenswichtige Baumwollerte in Gefahr ist, versucht die Regierung mit dem massiven Einsatz von Pestiziden Versäumtes nachzuholen.

Erdbeben

Ein mittelschweres Erdbeben der Stärke 5,8 auf der Richterskala erschütterte am 18. September den Nordwesten Pakistans. Die Naturkatastrophe forderte mindestens acht Menschenleben und mehrere Dutzend Verletzte.

Gefängnismeuterei

Wie die pakistanische Wochenzeitung 'Friday Times' berichtet, kam es Ende August im neuen Zentralgefängnis der südpunjabischen Stadt Multan zu einem Aufstand der 3.700 Häftlinge, den das Gefängnispersonal blutig niederschlug: Offiziell gab es dabei 16 Tote und 56 Verletzte. Die Menschenrechtsorganisation 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP) kritisiert die katastrophalen Zustände in den hoffnungslos überfüllten Gefängnissen.